

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Landkreistag positioniert sich zum Pakt für den Nachmittag

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN sieht einen so genannten „Pakt für den Nachmittag“ vor. Ziel ist, alle Grundschulen auf freiwilliger Basis in das Ganztagsschulprogramm des Landes aufzunehmen. Künftig soll an fünf Tagen („Ganztagsprofil 1+“) statt bisher 3 Tagen in der Woche („Ganztagsprofil 1“) Schule bis 14.30 Uhr gewährleistet werden. „Die Kommunen“ sollen dann auf freiwilliger Basis im Rahmen von Vereinbarungen in der Zeit von 14.30 Uhr bis 17.00 Uhr sowie in den Schulferien „verlässlich“ die weiteren Bildungs- und Betreuungsangebote derjenigen Kinder sicherstellen, deren Eltern dies wünschen. Vorhandene Betreuungsangebote sollen ergänzt, nicht ersetzt werden.

Die HLT-Gremien haben sich intensiv mit der Frage befasst, weil die Landkreise durch das Vorhaben in ihrer Funktion als Schulträger nachhaltig tangiert werden. Danach wird in Hessen unzweifelhaft ein wachsender Bedarf für eine ganztägige Betreuung, insbesondere auch an Grundschulen gesehen. Grundsätzlich wird deshalb eine stärkere Verzahnung von Schule und Betreuung begrüßt. Es gibt jedoch noch zahlreiche Fach- und Detailfragen die geklärt werden müssen. Mit dem Hessischen Kultusminister, Prof. Dr. Lorz, wurde deshalb verabredet, in je 2 Pilotprojekten aus dem Bereich der Landkreise und der Städte zu testen, in welchem Rahmen eine Umsetzung möglich ist. Die Pilotprojekte sollen schon zum Schuljahr 2015 / 2016 beginnen.

Das HLT-Präsidium betont allerdings, dass die Landkreise insgesamt derzeit finanziell nicht in der Lage sind, weitere freiwillige Leistungen zu übernehmen. Dies gilt



Präsident des
Hessischen Landkreistages
Landrat Erich Pipa

Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

in den letzten Wochen wurde kaum ein landespolitisches Thema so heftig auch in der Öffentlichkeit diskutiert, wie der sogenannte „Pakt für den Nachmittag“, mit dem die neue Landesregierung die Ausweitung des Ganztagsschulangebotes in Hessen forcieren will. Dieses Vorhaben betrifft die Landkreise als Schulträger unmittelbar. Einzelheiten zur Position unseres Verbandes finden Sie in dem nebenstehenden Leitartikel.

Darüber hinaus finden Sie in der vorliegenden Ausgabe weitere Artikel zu aktuellen Themen. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr Erich Pipa

Inhalt

AKTUELLE THEMEN	SEITE 02
■ Aktuelle Erhebungen zur finanziellen Unterdeckung im Bereich Asyl	
■ Inklusion an Schulen führt zu weiterem Kostenanstieg bei den hessischen Landkreisen	
KURZ NOTIERT	SEITE 03
■ Rechts- und Europaausschuss vertieft Kontakte auf europäischer Ebene	
■ Dialog zwischen Politik und kommunaler Jugendarbeit	
■ Wirtschafts- und Planungsausschuss informiert sich über Public Corporate Governance	
■ Ehemaligen-Treffen im Main-Kinzig-Kreis	
AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG	SEITE 04
■ Kommunale Sozialausgaben höher als erwartet	
■ Föderalismusreform nicht ohne echte Einbeziehung der Kommunen	
PERSONALIEN / TERMINE	SEITE 04

maßgeblich auch für sog. „Schutzschirm-Landkreise“. Zwar lassen sich durch das Konzept möglicherweise bei bestehenden Angeboten Einsparungen erzielen, das ist jedoch vom Einzelfall abhängig. Zu klären ist auch die inhaltliche Frage der Aufgabenträgerschaft, z.B. zwischen Schulträger und Jugendhilfeträger.

Deutlich skeptisch steht das Präsidium zu der Gründung von Gesellschaften in den 21 Landkreisen, die nach Vor-

stellung des Landes für die umfassende Abwicklung des Paktes zuständig sein sollen. Dies gilt vor allem auch deshalb, weil das Land selbst erklärt hat, dass bestehende Strukturen durch den Pakt nicht tangiert werden sollen. Der Hessische Landkreistag wird die Modellprojekte daher begleiten. Das Präsidium wird dabei jedoch ein besonderes Augenmerk auf die Dezentralität der gefundenen Lösungen auf Schulträger-ebene legen.

Aktuelle Erhebungen zur finanziellen Unterdeckung im Bereich Asyl

Der Hessische Landkreistag hat aktuell Zahlen zur finanziellen Unterdeckung bei den Landkreisen und kreisfreien Städten im Aufgabenfeld Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern erhoben.

Die Landkreise und kreisfreie Städte erfüllen diese Aufgabe nach Weisung (§ 6 Abs. 1 Landesaufnahmegesetz), das heißt die Finanzverantwortung liegt beim Land. Dabei weisen bereits seit Novellierung des Landesaufnahmegesetzes

im Jahr 2008 die kommunalen Spitzenverbände auf die Nichtauskömmlichkeit der Finanzausstattung durch das Land in diesem Aufgabenbereich hin. Unter anderem wurden in Abstimmung mit dem Sozialministerium im Jahr 2012 detaillierte Zahlen ermittelt. Insbesondere die zu niedrigen Pauschalen bei nur zweijährigem Erstattungszeitraum, nicht gedeckte Krankheitskosten sowie die ausbleibende Finanzierung für Folgeantragsteller hat seit 2008 zu stetig zunehmenden Defiziten geführt.

Finanzielle Unterdeckung in den Jahren 2009 bis 2013:

2009	40 Mio. Euro Unterdeckung
2010	36 Mio. Euro Unterdeckung
2011	33 Mio. Euro Unterdeckung
2012	39 Mio. Euro Unterdeckung
2013	47 Mio. Euro Unterdeckung

Das heißt in den vergangenen 5 Jahren mussten die Kommunen, obwohl dies eine Landesaufgabe ist, knapp 200 Mio. Euro in diesem Aufgabenbereich aufbringen. Ein beträchtlicher Anteil ist davon alleine durch Folgeantragsteller bedingt.

Prognose für das Jahr 2014:

2014 bis zu 60 Mio. Euro Unterdeckung

Da die im Entwurf des Nachtragshaushaltes eingestellten 60 Mio. Euro ausschließlich für die Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen und zur Finanzierung der üblichen Pauschalen für die erhöhten Fallzahlen dienen, wäre – um die Unterdeckung bei den Kommunen zu beseitigen – der Ansatz im Nachtragshaushalt um 60 Mio. Euro auf insgesamt 120 Mio. Euro anzuheben.

Die kommunalen Spitzenverbände sind jederzeit bereit, zusammen mit dem Land die genauen Zahlen zu erörtern. Das Land hat hierzu bislang keinen Willen bekundet.

Inklusion an Schulen führt zu weiterem Kostenanstieg bei den hessischen Landkreisen

Eine aktuelle Erhebung bei den hessischen Landkreisen zeigt, dass die Ausgaben für Teilhabeassistenzen auch im Jahr 2013 weiter angestiegen sind. Mittlerweile geben die Sozialhilfe- und Jugendhilfeträger dafür knapp 41 Mio. Euro jährlich für die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf aus. Dabei liegt die Verantwortung für eine inklusive Beschulung bei den Schulen. Hier muss die hessische Landesregierung endlich anerkennen, dass die Folgekosten vom Land zu tragen sind. Das Land hat die Verantwortung, Schule so zu organisieren, dass Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf gemeinsam mit den anderen Kindern im Unterricht und im Rahmen des Schulbetriebs beschult werden können. Die Unterstützung durch einen Teilhabeassistenten muss ein Ausnahmefall hiervon sein.

Der stetige Anstieg der Kosten ist alarmierend und zeigt, dass Teilhabeassistentenz nicht die Ausnahme sondern die Regel ist: Beliefen sich die Gesamtausgaben der hessi-

schen Landkreise für die Bewilligungen von Teilhabeassistenzen im Jahr 2011 noch auf ca. 28 Mio. Euro, erreichten sie im Jahr 2013 bereits 41 Mio. Euro. Hinzu kommen die Investitionskosten, welche die Kreise als Schulträger zu stemmen haben, um den Erfordernissen der behinderten Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden. Der Inklusionsanteil, das heißt die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an Regelschulen, nimmt kontinuierlich zu.

Der Hessische Landkreistag wird der Landesregierung deutlich machen, dass die Landkreise einen Automatismus, nach dem die Kreise durch die Bereitstellung von Teilhabeassistenzen schulische Aufgaben übernehmen, nicht länger mittragen können und werden. Was beispielsweise in Nordrhein-Westfalen mittels einer Vereinbarung zur Kostentragung der schulischen Inklusion mit dem Land gelungen ist, muss endlich auch in Hessen umgesetzt werden!

Rechts- und Europaausschuss vertieft Kontakte auf europäischer Ebene

Nachdem der Rechts- und Europaausschuss des Hessischen Landkreistages im vergangenen Jahr anlässlich seiner Studienfahrt europäische Institutionen und Ansprechpartner in Straßburg besucht hatte, wurden im Mai dieses Jahres erneut die guten Kontakte zum Europabüro des Deutschen Landkreistages sowie zur Hessischen Landesvertretung in Brüssel genutzt. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 hatten die Ausschussmitglieder Gelegenheit, im

Rahmen eines arbeitsintensiven Tagungsprogramms aktuelle, für die Landkreise wichtige Themenfelder vor Ort zu beraten.

Abgerundet wurde die Studienfahrt durch das Abendessen sowie Gespräche mit dem hessischen Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Mark Weinmeister, und dem ebenfalls hinzustoßenden hessischen Finanzminister, Dr. Thomas Schäfer, in der neuen Landesvertretung.



HLT-Ausschuss zu Gast bei der Hessischen Landesvertretung in Brüssel

Dialog zwischen Politik und kommunaler Jugendarbeit

In bewährter Tradition fand auch in diesem Jahr im Rahmen des Hestentags der Dialog zwischen den Mitgliedern des Arbeitskreises Jugendarbeit, Jugendbildung und Jugendsozialarbeit im HLT und Abgeordneten der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien statt. Organisiert werden diese Gespräche in Kooperation zwischen dem Hessischen Landkreistag und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung. Den Schwerpunkt des jugendpolitischen Austauschs bildeten am 10. Juni die Themen Rechtsextremismus in Verbindung mit außerschulischer Bildung, Partizipation, Übergang Schule/Beruf sowie Ehrenamt/Juleica. Nach einer Einführung durch „Experten“ aus dem Arbeitskreis in die jeweilige Materie diskutierten die Abgeordneten Lena Arnoldt (CDU), Lisa Gnadl (SPD), Marjana Schott (Die Linke) und Marcus Bocklet (Bündnis 90/Die Grünen) am jeweiligen Thementisch über die kommunalen Erfahrungen, die Bedingungen in den genannten Handlungsfeldern sowie zur Rolle und Mitverantwortung des Landes in Anknüpfung an die im Koalitionsvertrag getroffenen Aussagen.

Wirtschafts- und Planungsausschuss informiert sich über Public Corporate Governance

In einigen Bundesländern gibt es bereits Public Corporate Governance Kodizes für kommunale Unternehmen oder zumindest Bestrebungen, einen solchen zu verfassen. Im Wesentlichen enthält ein solcher Kodex die zentralen Bestimmungen geltenden Rechts zur Leitung und Überwachung von Unternehmen sowie Standards guter und ver-

antwortungsvoller Unternehmensführung. Ziel ist es die Unternehmensführung und -überwachung transparenter und nachvollziehbarer zu machen und die Rolle der Kommunen als Anteilseigner klarer zu fassen.

Zu erwarten ist, dass das Gesamtthema im politischen Raum eine Eigendynamik entfalten und auch für die Landkreise in Hessen an Relevanz gewinnen wird. Der Wirtschafts- und Planungsausschuss des Hessischen Landkreistages hat sich deshalb von Dr. Ferdinand Schuster, KPMG, Geschäftsführer des Instituts für den öffentlichen Sektor e.V., über Hintergründe und Zielsetzungen eines Public Corporate Governance Kodexes berichten lassen und sich dabei insbesondere auch über Vor- und Nachteile, aktuelle Entwicklungen und erste Erfahrungen mit der Anwendung solcher Kodizes informiert.

Ehemaligen-Treffen im Main-Kinzig-Kreis

Auf Einladung von Präsident Landrat Erich Pipa fand das diesjährige Treffen der ehemaligen Landräte, Kreistagsvorsitzenden und HLT-Direktoren in Gelnhausen im Main-Kinzig-Kreis statt.

Der Präsident informierte die ehemaligen Repräsentanten der hessischen Landkreise über aktuelle Verbandsthemen. So wurde insbesondere über die prekäre Finanzsituation der Landkreise sowie für die Landkreise wichtige Aussagen der Koalitionsvereinbarung der neuen Landesmehrheit diskutiert. Im Anschluss fand eine interessante Stadtführung durch die Barbarossastadt Gelnhausen statt. Am Ende der Veranstaltung waren sich alle Teilnehmenden dahingehend einig, dass das jährliche Treffen zur Aufrechterhaltung der Kontakte und zum Austausch sehr wichtig ist.

Kommunale Sozialausgaben höher als erwartet

Die Auswertung der Finanzdaten der Städte, Landkreise und Gemeinden zeigt deutlich, dass sich die Hoffnungen der Kommunen auf langsamer steigende Sozialausgaben und eine weitere Verbesserung des Finanzierungssaldos zwischen Einnahmen und Ausgaben leider nicht erfüllen. Die sozialen Leistungen erhöhen sich in diesem und dem kommenden Jahr selbst bei vorsichtiger Schätzung voraussichtlich um rund 1,8 Milliarden Euro pro Jahr. Bis zum Jahr 2017 wird ein Anstieg auf mehr als 54 Milliarden Euro erwartet – nach 47 Milliarden Euro im Jahr 2013. Das erklärten die Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Nürnberg, des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, Ostholstein, und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Christian Schramm, Bautzen, anlässlich der Vorlage neuer Prognosedaten zur kommunalen Finanzlage. „Die kommunalen Spitzenverbände prognostizieren für die Jahre 2014 bis 2017 einen Überschuss für die Gesamtheit der kommunalen Kernhaushalte in der Größenordnung von ein bis zwei Milliarden Euro. Bisherige Erwartungen mussten dabei jedoch deutlich nach unten korrigiert werden. Eine Vielzahl von Kommunen bleibt weit davon entfernt, aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Vor allem bei den Ausgaben für Sozialleistungen der Kommunen ist die Steigerung höher als noch vor einem Jahr erwartet und mit einem prognostizierten Anstieg um mindestens 1,8 Milliarden Euro pro Jahr eine enorme Belastung“, erklärten die Präsidenten. Viele fiskalische Risiken, wie z. B. eine Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung oder die Auswirkungen einer Anhebung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer, sind in der Prognose noch gar nicht berücksichtigt.

Föderalismusreform nicht ohne echte Einbeziehung der Kommunen

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich u.a. mit der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen befasst. Die Ministerpräsidenten haben im Zuge dessen die Finanzministerkonferenz gebeten, vorbereitende Arbeiten vorzunehmen und einen Vorschlag für die zu behandelnden und

in der Sache zu vertiefenden Themen bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz im Dezember 2014 aufzubereiten. Die Federführung für diese Aufbereitung liegt mithin beim Bundesfinanzminister und seinen Länderkollegen. DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke kommentierte: „Ab Dezember wird es darum gehen, ein Format zu finden, in dem das Primat der Ministerpräsidenten einerseits und der Bundespolitik mit dem Bundeskanzleramt und den Bundestagsfraktionen andererseits gewahrt wird.“ Aus Sicht des Deutschen Landkreistages sei die verabredete Themenausformung ein wichtiger Schritt, um nunmehr in die inhaltliche Phase der Arbeit einzutreten. „Unsere Erwartung ist, ab Dezember einbezogen zu werden im Sinne einer Gesamteinbeziehung des kommunalen Bereiches mit Rede- und Antragsrecht, ohne Stimmrecht. Eine lediglich punktuelle Beziehung lehnen wir demgegenüber strikt ab, weil damit eine sachgemessene Einbettung und Behandlung der kommunalrelevanten Fragestellungen nicht möglich wäre“, so Henneke.

PERSONALIEN

Marian Zachow (CDU) ist seit 12. Juni 2014 Erster Kreisbeigeordneter des Landkreises Marburg-Biedenkopf.

TERMINE

- **Landräteseminar**
Montag, 14.07.2014 bis Mittwoch 16.07.2014, 13:00 Uhr, Berlin
- **Schul- und Kulturausschuss**
Dienstag, 22.07.2014, 17:00 Uhr, Landkreis Hersfeld-Rotenburg
- **Sozialausschuss**
Donnerstag, 24.07.2014, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Präsidium**
Donnerstag, 18.09.2014, 9:30 Uhr, Wiesbaden
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
Dienstag, 30.09.2014, 9:30 Uhr, Wiesbaden
- **Finanzausschuss**
Dienstag, 14.10.2014, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Rechts- und Europaausschuss**
Donnerstag, 16.10.2014, 10:00 Uhr, Wiesbaden



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Christian Engelhardt
(geschäftsführend)
Direktor Dr. Jan Hilligardt

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS

Muhr, P+K (Titelbild, Seite 1)
Fotograf Alex Kindermann (Seite 3)